

# **DIW** Materialien Research Notes

Materialien Nr. 7

## **Die Einstellung der Bevölkerung zum Euro im europäischen Vergleich unter besonderer Berücksichtigung der Einflussfaktoren auf die Sorgen vor der neuen Währung in Deutschland**

von  
Bettina Isengard und Thorsten Schneider

Berlin, November 2001

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin  
Königin-Luise-Str. 5, 14195 Berlin  
Phone: +49-30-89789- 0  
Fax: +49-30-89789- 200  
Internet: <http://www.diw.de>

## **Die Einstellung der Bevölkerung zum Euro im europäischen Vergleich unter besonderer Berücksichtigung der Einflussfaktoren auf die Sorgen vor der neuen Währung in Deutschland**

### **1. Einleitung**

In den Ländern der Europäischen Währungsunion wird der Euro ab dem 1. Januar 2002 zum gesetzlichen Zahlungsmittel. Mit der Einführung des Euro, d.h. einer staatenübergreifenden Währungsunion, betritt Europa Neuland, für die es in der Geschichte keine Vorbilder gibt. Die seit 1921 bestehende Währungsunion von Luxemburg und Belgien ist nicht mit der Europäischen Währungsunion vergleichbar, da sie von zwei Staaten gebildet wurde, die geographisch und sozio-kulturell nah beieinander liegen. Auch die 1971 erfolgte Umstellung des britischen Pfundes auf das Dezimalsystem ist kein Vorbild, da sich nur die Unterteilung der Währung änderte, das Pfund als nationale Währungseinheit wurde jedoch nicht angetastet. Der Euro hingegen löste Währungen ab; auch solche, die sehr stabil waren und deren Außenwert stark war.<sup>1</sup>

Eine Währung ist nicht nur ein „technisches“ Medium, dessen Benennung und Gestaltung keine Rolle spielt. Neben einer rein ökonomischen Funktion besitzt eine nationale Währung auch immer eine Symbolik, wie z.B. die Identifikation mit einer Nation (vgl. Servet et al. o.J.). So ist die Deutsche Mark Symbol des Wohlstands und seit der Wiedervereinigung auch der deutschen Einheit. Schwierigkeiten bei der Identifikation mit dem Euro beruhen sicherlich vor allem auf dem Fehlen eines mit der neuen Einheitswährung verbundenen „Eurolandes“ (vgl. Herz 2001).

---

<sup>1</sup> Einige Staaten der ehemaligen UDSSR wie auch in Afrika und Lateinamerika ersetzen in den letzten Jahrzehnten ihre Währungen. Allerdings war die Ursache der Währungserneuerung entweder eine Staatenneugründung oder starke Inflation. Auch die beiden Währungsreformen in Deutschland 1923 und 1948 können kein Vorbild für die Umstellung von 12 der 15 EU-Länder auf eine nationenübergreifende Währung sein.

In dem folgenden Beitrag wird zunächst die Einstellung zum Euro im europäischen Vergleich dargelegt. Dabei zeigt sich, dass die Deutschen besonders skeptisch sind. Im Anschluss daran erfolgt eine ausführliche Analyse für die Bundesrepublik Deutschland. Mit Individualdaten aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) wird für die Bundesrepublik Deutschland detailliert gezeigt, wer sich vor dem Euro sorgt und wer nicht.

## **2.1 Die Zustimmung zum Euro in den Mitgliedsstaaten der EU**

12 der 15 EU-Mitgliedsstaaten nehmen bisher an der Währungsunion teil. In diesen Ländern wird ab dem 1. Januar 2002 der Euro als neues Zahlungsmittel eingeführt. Dänemark, das Vereinigte Königreich und Schweden haben sich (vorerst) gegen eine Teilnahme entschieden. Insgesamt sind nur knapp 60% der EU-Bevölkerung für den Euro. Jeder Dritte EU-Bürger lehnt die Einführung des Euro nach wie vor ab und jeder elfte hat keine Meinung dazu (vgl. Tabelle 1).

In Italien und Luxemburg erhält die neue Währung die meiste Zustimmung. So sprechen sich in Italien 83% der Bürger für das neue Zahlungsmittel aus. Sie erwarten offenbar den Lohn für Italiens große Anstrengungen in den 90er Jahren, die Konvergenzhürden des Maastrichter Vertrages zu erfüllen: Der Staatshaushalt wurde konsolidiert, Staatsbetriebe privatisiert und die Inflation weitgehend besiegt (vgl. Die Wirtschaftswoche 2001).

Ähnlich groß ist die Befürwortung in Luxemburg (81%). Bedingt durch die Tatsache, dass dieses Land keine eigenständige Währung hat, sondern sich seit 1921 in einer Währungsunion mit Belgien befindet, ist es leicht nachvollziehbar, wieso den Bürgern der Abschied leicht fällt.

Auch in Belgien, Griechenland und Irland ist die Akzeptanz des Euro in der Bevölkerung groß. Drei Viertel der Bürger dieser Staaten unterstützen die neue Einheitswährung. Jeweils über zwei Drittel der Bürger in Frankreich, den Niederlanden und Spanien stimmen dem neuen Zahlungsmittel zu. Von den Ländern, die den Euro einführen, ist in Finnland und Deutschland die Skepsis in der Bevölkerung am größten. Hier ist nur jeder Zweite dafür. Dabei zeigen sich für Deutschland klare Ost-West-Unterschiede. Während in Westdeutschland 56% die Einführung generell befürworten, tun dies im Osten nur 44%. In Deutschland sind nicht nur die Zustimmungsquoten geringer als im EU-Durchschnitt, sondern auch die Ablehnungsquoten höher. Jeder Dritte in Westdeutsch-

land ist explizit gegen die Einführung des Euro; in Ostdeutschland sogar jeder Zweite. Das ist der größte Anteil in allen teilnehmenden Mitgliedsländern.<sup>2</sup> Die Bindung der Deutschen an ihre Währung ist besonders ausgeprägt, da Symbole, die nach dem 2. Weltkrieg entstanden, also nicht belastet sind, eine Schlüsselrolle in der nationalen Identifikation einnehmen. Bei den Ostdeutschen ist diese Verbundenheit besonders stark, da die DM ein besonders begehrtes Gut für viele Bürger zu Zeiten der ehemaligen DDR war (vgl. Wolff 2001).

Im Rahmen der nationalen Währungsumstellungen auf den Euro trägt die Sorge vor Preiserhöhungen deutlich zur Skepsis bei. Betrachtet man die Teilnehmerländer der europäischen Währungsunion (vgl. Tabelle 2), fällt auf, dass sich die Italiener, obwohl sie allgemein die größten Euro-Befürworter sind, neben Frankreich und Deutschland am meisten vor Preiserhöhungen fürchten. Jeweils zwei Drittel glauben, dass mit der Einführung auch die Preise steigen. Kurzfristig ist dies aufgrund von Aufrundungen bei den Preisen auch keine völlig unbegründete Furcht. In Luxemburg glaubt nur jeder Zweite, dass die Umstellung dazu missbraucht wird, die Preise anzuheben. Ähnlich gering ist die Skepsis in Österreich. Am ehesten verständlich ist, dass die Bürger in Ostdeutschland sich hier am meisten vor Missbrauch fürchten. Knapp 80% glauben, dass die Einführung der neuen Währung dazu benutzt wird, die Preise zu erhöhen. Dies entspricht den Erfahrungen mit der Währungsunion nach der Wende. Sie ist aber keineswegs mit der europäischen Währungsunion vergleichbar.

Es werden nicht nur Nachteile durch die Währungsumstellung erwartet, sondern – zu Recht – auch Vorteile (vgl. Tabelle 3). So werden durch die Einführung der neuen Währung die Preisunterschiede zwischen den Ländern transparenter. Diese Möglichkeit des direkten Preisvergleichs wird insbesondere von den kleineren Ländern Irland, Luxemburg und Belgien positiv bewertet. Fast 90% der Bevölkerung dieser Länder beurteilen die Vergleichbarkeit der Preise als angenehmen Effekt der Währungsumstellung. Italien und Deutschland liegen im europäischen Mittelfeld. Drei Viertel der Bevölkerung finden die Preisvergleiche positiv. Allerdings ist in Deutschland der Unterschied zwischen Ost und West auffallend. Die Westdeutschen bewerten diese Möglichkeit häufiger positiv. Hier spielen nicht nur die Möglichkeiten für Auslandsreisen eine Rolle, sondern

---

<sup>2</sup> In den EU-Ländern, die sich nicht der Währungsunion angeschlossen haben sind die Ablehnungsquoten am höchsten. In Dänemark und Großbritannien sind ca. 56% und in Schweden sogar 62% dagegen.

auch die Einkaufsgewohnheiten in den westdeutschen Grenzregionen. Dieser Vorteil wird in Ostdeutschland erst realisiert, wenn die osteuropäischen Nachbarstaaten der Euro-Zone beigetreten sein werden.

Durch die Einführung des Euro soll neben dem US-Dollar eine weitere Währung geschaffen werden, die international von Bedeutung ist. Dies erwarten drei Viertel der in Irland, Luxemburg und den Niederlanden wohnenden Bürger. In Deutschland und Italien glaubt nur jeder Zweite, dass die Euro-Einführung eine vergleichbare internationale Währung schafft. Die große Skepsis in Ostdeutschland ist sachlich nicht erklärbar.

Während 70% der Italiener erwarten, dass die Preise durch den Euro stabil werden, erwartet dies nur die Hälfte der Deutschen. Während in Belgien und Irland, die Hoffnung auf Preisstabilität durch die neue Währung ebenfalls groß ist, zeigen sich die Bürger in Österreich und Griechenland ähnlich kritisch wie in Deutschland. Wiederum sind es die Ostdeutschen, die am meisten Skepsis zeigen.

Die neue Währung soll wirtschaftliches Wachstum fördern und Arbeitsplätze schaffen. Wiederum sind es die Italiener und Iren, die diese Vorteile durch die Währungsunion sehen. Dies ist sachlich auch gerechtfertigt, insbesondere für das prosperierende Irland bringt eine einheitliche europäische Währung Vorteile. Während hier zwei Drittel glauben, dass das Wirtschaftswachstum gefördert werden kann, ist es in Deutschland nur jeder Zweite, in Ostdeutschland sind es noch weniger. Verständlicherweise ist die Skepsis gegenüber dem Euro als Instrument zur Schaffung von Arbeitsplätzen hier am größten, denn dieser Vorteil wird nicht kurzfristig realisiert werden. Ebenso ist die länderspezifische Struktur der Erwartungen sachlich richtig.

Über 40% der Italiener erhoffen sich von der Euro-Einführung die Schaffung von Arbeitsplätzen, in Deutschland ist es nur jeder Fünfte. Ähnlich hoch wie in Italien ist die Hoffnung auf Arbeitsplätze nur in Irland, die anderen Bevölkerungen erwarten hier deutlich seltener einen positiven Effekt durch die neue Währung.

### **3. Soziale Ursachen für die Sorge um die Einführung des Euro in der Bundesrepublik Deutschland**

Wie im vorangegangenen Abschnitt gezeigt wurde, ist die Skepsis in der Bundesrepublik Deutschland besonders groß. Die Deutschen befürchten Preissteigerungen und Inflation. Weitere Studien belegen ihre nationale Verbundenheit mit der DM (vgl. Brost

2001). Im folgenden werden die Einflussfaktoren für die Sorge vor der Euro-Einführung ermittelt, die auf den Ergebnissen einer multivariaten Analyse beruhen.

### **3.1 Daten und Methoden**

Mit den Daten des vom DIW Berlin erhobenen Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) kann gezeigt werden, welche Bildungs- und sozial-strukturellen Gruppen in Deutschland sich über- bzw. unterdurchschnittlich um die Einführung des Euro sorgen (vgl. SOEP Group 2001). Zusätzlich zu den regulär erhobenen Fragen wurde im Jahr 2000 folgende Frage gestellt: „Wie ist es mit den folgenden Gebieten - machen Sie sich da Sorgen? Über die Einführung des Euro statt der D-Mark?“ Insgesamt antworteten über zwei Drittel auf diese Frage, dass sie sich darüber große oder einige Sorgen machen würden. Zwar stammen die jüngsten SOEP-Daten aus dem Jahr 2000, jedoch hat sich – wie andere Umfragen zeigen (vgl. European Commission 2001a) - das Ausmaß der Euro-Skepsis seither nicht wesentlich geändert. Da das SOEP mit fast 25.000 befragten Personen mehr als 10 mal so groß ist wie übliche Bevölkerungsumfragen, können mit dem SOEP detailliertere Analysen durchgeführt werden.

Mit Hilfe einer logistischen Regression werden die Einflüsse wichtiger Merkmale auf die Wahrscheinlichkeit, sich über den Euro zu sorgen, bestimmt.<sup>3</sup> Dabei ist die abhängige Variable die Sorge um den Euro, die den Wert eins annimmt, wenn eine Person sich große oder einige Sorgen macht, den Wert null, wenn sie angibt, sich nicht zu sorgen. In Tabelle 4 werden die Ergebnisse in Form von prozentualen Veränderungen des Verhältnisses von Sorgenden zu Nicht-Sorgenden angegeben. Ein positiver Wert bedeutet, dass sich das Verhältnis zugunsten der Sorgenden um den entsprechenden Wert gegenüber der Referenzgruppe prozentual erhöht, ein negativer, das sich das Verhältnis zuungunsten der Sorgenden verringert. So ist zum Beispiel das Verhältnis von Sorgenden zu Nicht-Sorgenden bei Männern um 17% geringer als bei Frauen.

### **3.2 Sorgen nach nationaler und geographischer Herkunft**

Deutsche, die in den neuen Bundesländern leben, sorgen sich gegenüber Westdeutschen deutlich häufiger. Das Sorgen-Verhältnis erhöht sich hier um 47%. Die DM war – und

---

<sup>3</sup> Die Erklärungskraft des Modells ist mit einem Pseudo-R<sup>2</sup> von 0,051 gemessen an den üblichen Werten bei logistischen Regressionen befriedigend.

ist - für die Bürger der ehemaligen DDR ein zentrales Symbol für die Wiedervereinigung (vgl. Tabelle 4).

Die Verbundenheit der in Deutschland lebenden Ausländer mit der DM ist deutlich geringer. Bei ihnen ist das Verhältnis von Sorgenden zu Nicht-Sorgenden um ca. 43% geringer als bei den Westdeutschen. Dass das geringe Ausmaß an Sorgen nicht auf direkte individuelle Vorteile bei Reisen und Überweisungen in das Heimatland zurückzuführen ist, zeigt sich an den nahezu identischen Effekten bei EU-Ausländern und sonstigen Ausländern.

Aus Tabelle 4 lässt sich ersehen, dass die Stadt-Land-Unterschiede sehr gering ausfallen und dass zwischen Bewohnern von Großstädten und von Gemeinden unter 2.000 Einwohnern kein statistisch signifikanter Effekt zu finden ist. Das liegt daran, dass in multivariaten Modellen nach weiteren Variablen kontrolliert wird. Dadurch verschwinden die Unterschiede für die Gemeindegrößen. Bei einer Kreuztabelle (hier nicht abgebildet) zeigt sich nämlich, dass Großstädter sich deutlich weniger sorgen. Wird aber nach der Nationalität der Befragungsperson kontrolliert, verschwindet dieser Effekt, da Ausländer deutlich seltener Befürchtungen haben und gleichzeitig öfter in Großstädten wohnen.

### **3.3 Sorgen nach sozio-ökonomischen Merkmalen**

Je höher der Schulabschluss, desto niedriger ist die Sorge um die Einführung des Euro. Die stärksten Bildungseffekte lassen sich für (Fach-)Hochschulabsolventen mit einer prozentualen Verringerung von 55% und für Abiturienten mit einer von 44% gegenüber Personen mit Hauptschulabschluss feststellen. Höher Gebildete dürften den besten Zugang zu Informationen über die Einführung des Euro besitzen. Aber auch junge Menschen, die das Befragungsalter von 16 Jahren bereits erreicht haben, bisher noch keinen Abschluss haben und somit noch in der Schule sind, sorgen sich weniger. Da der Euro oftmals auch Unterrichtsgegenstand ist, sollten sie in der Tat auch überdurchschnittlich gut informiert sein.

Vergleichbares zeigt sich für die statistischen Effekte, die vom Erwerbsstatus auf die Wahrscheinlichkeit sich zu sorgen ausgehen. Hier sind es auch die jungen Menschen, die sich noch in der schulischen oder beruflichen Ausbildung befinden oder gerade Wehr- bzw. Zivildienst leisten, die sich am wenigsten sorgen. Die Effekte für die ande-

ren Erwerbsstatus sind eher gering. So gehören Inaktive, die nicht Rentner oder arbeitslos sind, zu denen, die sich gegenüber Vollzeitwerbstätigen weniger sorgen. Die leicht höhere Sorge bei Rentnern ist eher gering und für Teilzeiterwerbstätige und Arbeitslose lassen sich gegenüber Vollzeitwerbstätigen keine signifikanten Unterschiede feststellen.

Da es sich bei der Einführung des Euro um eine Währungsumstellung handelt, die eng mit der Sorge um Geldwertverluste verbunden ist, wird auch das Einkommen und Vermögen im Haushalt betrachtet. Dabei zeigt sich, dass die Sorge um die Einführung des Euro mit zunehmendem Haushaltseinkommen abnimmt.<sup>4</sup> Erhöht sich dieses Einkommen um 100 DM, verringert sich das Sorgen-Verhältnis um knapp 1%, erhöht es sich um 1.000 DM verringert es sich um 7%, erhöht es sich um 2.000 DM verringert es sich um 13%. Im Vergleich zu dem Einfluss, der für Ausländer oder für höher Gebildete festgestellt werden konnte, fällt der Einfluss des Haushaltseinkommens allerdings gering aus.

Für das Vermögen werden zwei Indikatoren herangezogen: Der Besitz einer selbstgenutzten Wohnimmobilie und von Wertpapieren<sup>5</sup> im Haushalt. Der Besitz von Wohneigentum sollte die Sorge verringern, da hier Geld in „inflationsgeschütztes“ Kapital transferiert wurde. Für Wohnungseigentümer und Mieter zeigen sich jedoch keine Unterschiede. Anders ist dies hingegen bei Besitz von Wertpapieren. Hier verringert sich das Verhältnis von Sorgenden zu Nicht-Sorgenden um 18%. Die geringere Sorge bei Inhabern solcher Geldanlagen ist kein Einkommenseffekt, da dieser bereits im statistischen Modell kontrolliert wurde. Geldanlagen in Wertpapieren erfordern einen höheren Informationsgrad bei Geld- und Wirtschaftsthemen. Somit sind Wertpapierbesitzer offensichtlich auch besser über die wirtschaftlichen Chancen informiert, die der Euro eröffnet.

### **3.4 Sorgen nach Parteipräferenzen**

Keine statistisch signifikanten Unterschiede lassen sich für Personen feststellen, die eine dauerhafte Parteipräferenz für die SPD, die CDU/CSU oder aber für gar keine Partei haben. Dies ist jedoch anders bei den Anhängern der kleineren Parteien. So erhöht sich

---

<sup>4</sup> Das hier verwendete Einkommen ist das verfügbare Nettoeinkommen des gesamten Haushaltes, das nach Anzahl und Alter der Mitglieder bedarfsgewichtet ist.

das Verhältnis der Sorgenden zu den Nicht-Sorgenden um 487% für Anhänger der rechten Parteien DVU und Republikaner. D.h., dass praktisch alle DVU/Republikaner-Anhänger Sorgen über die Einführung des Euro angeben. Dies zeigt die Bedeutung politischer Grundüberzeugungen bei der Beurteilung des Euro. DVU und Republikaner lehnen das vereinte Europa und die Währungsunion aus rein ideologischen Gründen kategorisch ab.

Auf der anderen Seite ist das Sorgenpotential bei den Anhängern von Bündnis90/Die Grünen und der FDP unterdurchschnittlich ausgeprägt. Die höhere Tendenz postmaterialistischer Einstellungen bei den Anhängern der Grünen schlägt sich in einem sehr geringen Anteil an Sorgenden nieder. Die Anhänger der wirtschaftsorientierten Partei FDP sorgen sich – aus sachlichen Gründen - ebenfalls weniger als die Anhänger der großen Volksparteien.

#### **4. Zusammenfassung: „Informiertheit“ und „DM-Verbundenheit“ als Einflussfaktoren für die Sorgen vor dem Euro**

Das vom DIW Berlin erhobene Sozio-oekonomische Panel (SOEP) macht sichtbar, dass es zwei wesentliche Faktoren gibt, die die Befürchtungen vor der Einführung des Euro beeinflussen. Dies ist zum einen der Faktor der „Informiertheit“ und zum anderen der „DM-Verbundenheit“.

Personen, die besser informiert sind, sorgen sich weniger um die Einführung des Euro. Dazu gehören Besitzer von Wertpapieren, die sich naturgemäß stärker mit geld- und finanzpolitischen Fragen auseinandersetzen. Aber auch junge Leute, die noch zur Schule gehen, sich also im staatlichen Bildungssystem befinden und sich – ob sie wollen oder nicht - stärker Wissen aneignen, haben seltener Befürchtungen; ebenso Personen mit höheren Schulabschlüssen. Auch die Anhänger der „Wirtschaftspartei“ FDP sorgen sich unterdurchschnittlich.

Bei dem zweiten Faktor handelt es sich um die Verbundenheit mit der DM. Diese ist bei den in Deutschland lebenden Ausländern und bei den eher postmaterialistischen Anhängern der Grünen geringer. Folglich haben sie auch unterdurchschnittliche Befürchtungen vor dem Euro. Dagegen fallen die Sorgen bei den ostdeutschen überdurchschnittlich

---

<sup>5</sup> Zu den Wertpapieren gehören Sparbriefe, Pfandbriefe, Anleihen, Aktien u.ä.

aus. Diese beruhen u.a. auf dem Verlust des Einheitssymbols DM. Völlig aus dem Rahmen fallen die Anhänger der rechtsradikalen Parteien, die die Einführung des Euro aus offensichtlich ideologischen Gründen ablehnen.

Der Politik ist es in Deutschland bislang nicht gelungen, die Befürchtungen vor der Einführung des Euro zu verringern. Da die besser Informierten sich auch weniger sorgen, sollte die Politik hier ansetzen und – nicht nur mit Hochglanzbroschüren - Aufklärungsarbeit leisten. Die Macht des Faktischen wird sich ab dem 1. Januar 2002 durchsetzen. Die irrationalen Ängste werden sich als unbegründet erweisen und der Euro rasch zur Alltäglichkeit werden.

### **Literaturverzeichnis**

Brost, Marc (2001), Umfrage. Die neurotischen Deutschen. Sechs Monate vor der Währungsumstellung: Die Bundesbürger fassen kein Vertrauen zum Euro. Eine ZEIT-Umfrage. Die Zeit 25, 19.

Die Wirtschaftswoche (2001), Euro-Barometer. Splendid Isolation. Die Wirtschaftswoche 40, 24.

European Commission (2001a), Eurobarometer. Public Opinion in the European Union. Report Number 55. Brussels: European Commission.

European Commission (2001b), EOS Gallup Europe, Flash Eurobarometer 93/3, "Euro Attitudes (wave 3) – Euro-Zone“, Juli 2001. Brussels: European Commission.

Herz, Wilfried (2001), Der Kampf um den Euro hat gerade erst begonnen. Eine Zwischenbilanz zweieinhalb Jahre nach dem Beginn der Europäischen Währungsunion. Die Zeit 25, 19-20.

Servet, Jean-Michel et al. (o.J.), Zusammenfassung der für die Arbeitsgruppe Euro bei der Generaldirektion XXIV der Europäischen Kommission erstellten Beiträge über die psychologischen Aspekte des Übergangs zum Euro. <http://europa.eu.int/euro/html/dossiers/00501/00501-de.pdf>.

SOEP Group (2001), The German Socio-economic Panel (GSOEP) After More Than 15 Years – Overview. Elke Holst, Dean R. Lillard, Thomas A. DiPrete (Hg.), Proceedings of German Socio Economic Panel Users (GSOEP 2000). Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 1, S. 7-14.

Wolff, Sebastian (2001), „Der Euro ist wie Flugangst. Psychologe Kiell über die Vorbehalte der Deutschen gegenüber dem Euro“. Berliner Zeitung 240, 33.

Tabelle 1 Zustimmung zum Euro in den Ländern der EU im Frühjahr 2001  
(Angaben in %)

	dafür	dagegen	weiß nicht
Deutschland	53	38	9
West	56	35	9
Ost	44	47	10
Belgien	75	18	7
<i>Dänemark<sup>1</sup></i>	40	56	5
Frankreich	67	28	5
Finnland	49	46	5
Griechenland	72	22	6
Irland	72	16	12
Italien	83	12	6
Luxemburg	81	15	4
Niederlande	66	30	4
Österreich	59	32	8
Portugal	59	30	11
<i>Schweden<sup>1</sup></i>	29	62	9
Spanien	68	22	10
<i>Vereinigtes Königreich<sup>1</sup></i>	25	57	18
EU-15	59	33	9

<sup>1</sup> Nicht der EU-Währungsunion beigetreten.  
Quelle: European Commission 2001a.

Tabelle 2 Anteil derjenigen, die sich vor Missbrauch bei der Preisumstellung sorgen (in %)

---

Deutschland	72
West	70
Ost	79
Belgien	62
Frankreich	74
Finnland	64
Griechenland	62
Irland	63
Italien	74
Luxemburg	54
Niederlande	66
Österreich	55
Portugal	66
Spanien	69

---

EU-12	70
-------	----

---

Quelle: European Commission 2001b.

Tabelle 3 Anteile der Personen, die folgende Vorteile von der Einführung des Euro als europäische Währung erwarten (in %)

	Einfache Preisvergleiche zwischen Ländern	Internationale Währung (vergleichbar US-Dollar)	Preisstabilität	Wirtschaftswachstum	Schaffung von Arbeitsplätzen
Belgien	85	71	68	59	29
Deutschland	79	55	51	50	22
West	81	57	52	53	23
Ost	74	47	44	40	19
Frankreich	72	56	56	56	25
Finnland	75	66	52	43	23
Griechenland	68	62	52	53	27
Irland	89	77	74	68	48
Italien	77	56	70	65	42
Luxemburg	87	74	64	54	27
Niederlande	80	72	56	56	26
Österreich	81	58	48	48	25
Portugal	76	52	55	55	24
Spanien	70	58	56	58	29
EU-12	76	58	57	56	29

Quelle: European Commission 2001b.

Tabelle 4 Logistisches Regressionsmodell zur Vorhersage derer, die sich um die Einführung des Euro sorgen

	<i>prozentuale Veränderung des Verhältnisses von Sorgenden zu Nicht-Sorgenden</i>
<b>Geschlecht</b>	
<i>Weiblich<sup>b</sup></i>	
Männlich	-17% ***
<b>Nationalität</b>	
Deutsch alte Bundesländer <sup>b</sup>	
Deutsch neue Bundesländer	47% ***
EU-Ausländer	-43% ***
Ausländer sonstige Nationen	-42% ***
<b>Gemeindegrößenklasse</b>	
<i>unter 2.000 Einwohner<sup>b</sup></i>	
2.000 bis unter 20.000 Einwohner	19% ***
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	11% *
100.000 bis unter 500.000 Einwohner	14% **
über 500.000 Einwohner	5%
<b>Höchster schulischer Abschluss</b>	
<i>Hauptschule<sup>b</sup></i>	
Realschule	-11% ***
Abitur	-44% ***
(Fach-)Hochschule	-55% ***
sonstiger Abschluss (z.B. Ausland)	-22% ***
kein Schulabschluss	-32% ***
noch in der Schule	-41% ***
<b>Erwerbsstatus</b>	
<i>Vollzeit erwerbstätig<sup>b</sup></i>	
in Schule/Ausbildung	-43% ***
Wehr-/Zivildienst	-33% *
Teilzeit erwerbstätig	-6%
in Rente	9% **
arbeitslos	-2%
sonstige Inaktive	-18% ***
<b>Einkommen und Vermögen im Haushalt</b>	
Einkommen [in 100 DM]	-1% ***
selbstgenutztes Wohneigentum	-5%
Besitz von Wertpapieren	-18% ***
<b>Parteipräferenz</b>	
<i>SPD<sup>b</sup></i>	
keine	-3%
CDU/CSU	-5%
FDP	-25% **
Grüne	-57% ***
PDS	-18% *
DVU/Republikaner	487% ***
Pseudo-R <sup>2</sup>	0,051

<sup>a</sup> Signifikanzniveau: \* <10%, \*\* <5%, \*\*\* <1%.

<sup>b</sup> Alle kursiv ausgewiesenen Kategorien bilden die Referenzkategorie.

Quellen: SOEP 2000, eigene Berechnungen.